

Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, 17. November 2010
GZ 300.806/005-5A4/10

Novellen zum Universitätsgesetz 2002 und zum Studienförderungsgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof dankt für die mit Schreiben vom 27. Oktober 2010,
GZ BMWF-52.250/0133-I/6/2010, erfolgte Übermittlung des Entwurfs von Novellen zum
Universitätsgesetz 2002 und zum Studienförderungsgesetz und nimmt hiezu aus der
Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle wie folgt Stellung:

1. Zur Novelle zum Universitätsgesetz 2002

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen führen die Erläuterungen lediglich aus, dass
sich durch „*die vorgeschlagenen Maßnahmen (...) Einsparungen (ergeben)*“, diese werden
jedoch weder erläutert noch beziffert. Aus Sicht des Rechnungshofes wäre dies im Sinne
der Intention des § 14 BHG und den hiezu ergangenen Richtlinien des Bundesministers
für Finanzen, BGBl. II Nr. 50/1999 i.d.g.F., erforderlich gewesen.

Die Bestimmungen, deren Streichung geplant ist - die Regelungen betreffend die
Studienplätze für Studienanfänger und die Datenbank über wissenschaftliche Arbeiten -,
wurden im Rahmen der UG-Novelle 2009, BGBl. I Nr. 81, geschaffen. Der Rechnungshof
weist darauf hin, dass in den Erläuterungen keine weiteren Begründungen für diese
Maßnahmen enthalten sind. Angemerkt wird in diesem Zusammenhang, dass auch das
Regierungsprogramm 2008 - 2013 die Sicherstellung von Studienplätzen vorsieht,
wohingegen nunmehr der Wegfall der Verpflichtung der Universitäten, die Anzahl der
Studienplätze für Studienanfängerinnen und Studienanfänger durch Leistungsver-
einbarungen sicherzustellen, vorgesehen ist.



GZ 300.806/005-5A4/10

Seite 2 / 2

Die Umsetzung des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 im Universitätsbereich (§ 112 UG 2002) soll erst 2016 erfolgen. Nach Ansicht des Rechnungshofes liegt keine Einsparung vor, sondern werden die damit verbundenen erforderlichen Mehraufwendungen lediglich auf den Zeitraum ab 2016 aufgeschoben.

2. Zur Novelle zum Studienförderungsgesetz

Zu den finanziellen Auswirkungen wird ausgeführt, dass die geplanten Maßnahmen in einer Gesamtbetrachtung kostenneutral sind. Der Rechnungshof sieht diese Einschätzung ausgehend vom Inhalt des übermittelten Entwurfs und unter Berücksichtigung der derzeit bestehenden Rechtslage als nachvollziehbar an.

Von dieser Stellungnahme wird je eine Ausfertigung dem Präsidium des Nationalrates und dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: